



Leitsätze bayerische Eine-Welt-Politik

CSU:

*Beschluss der ASP-Landesdelegiertenversammlung
vom 28. Juli 2007 in Würzburg¹*

Eine-Welt-Politik in Bayern möchte beitragen zu menschenwürdigen Bedingungen weltweit. Sie zielt auf ein menschenwürdiges Leben aller Bevölkerungsgruppen. Dauerhafte Fortschritte in der Entwicklung können nur von den betroffenen Menschen selbst ausgehen. Dabei ist ihr soziales, wirtschaftliches und politisches Umfeld ebenso zu beachten wie ihre eigenständige Geschichte und Kultur.

Da globale Prozesse schon lange nicht mehr allein durch staatliche Politik gesteuert werden, kann Eine-Welt-Politik in Bayern nur zusammen mit Wirtschaftsunternehmen, Akteuren der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, politischen Stiftungen und Verbänden gelingen. Mit diesen Akteuren hat eine regelmäßige Abstimmung stattzufinden. Hierzu wird ein Eine-Welt-Beirat einberufen, der die parlamentarischen Gremien und die staatliche Verwaltung berät. In der praktischen Umsetzung der Eine-Welt-Politik wird der Beachtung des Subsidiaritätsprinzips höchste Priorität beigemessen.

Eine-Welt-Politik in Bayern umfasst die Bereiche der Not- bzw. Katastrophenhilfe, der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit und wird von der Bayerischen Staatsregierung koordiniert.

Entwicklungspolitik in Bayern setzt sich auseinander mit den ungleichen Möglichkeiten der Menschen in verschiedenen Weltregionen, ihre Lebensverhältnisse zu gestalten und mit der mangelnden Zukunftsfähigkeit der derzeitigen ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Strukturen. Bayerische Entwicklungspolitik geht davon aus, dass die Verhältnisse

¹ <http://www.csu.de/dateien/arbeitskreis/asp/Dateien/Beschluesse/EineWeltPolitik.pdf>

in der eigenen Gesellschaft nicht losgelöst von den Verhältnissen der Gesellschaften Afrikas, Amerikas, Asiens oder Osteuropas sind. In einer globalisierten Welt sind sie miteinander verknüpft, bedingen und beeinflussen sich gegenseitig. Ein Anstieg von Armut, eine nur schleppend vorangehende Entwicklung oder gar eine Wirtschaftswachstum und Wohlstand bewirkende Entwicklung findet ihre Ursachen in einem Bündel von Faktoren, die auch von den Verhältnissen in unserer Gesellschaft beeinflusst werden.

Entwicklungspolitik in Bayern fördert

- Partnerschaften von Kommunen, Schulen, Nichtregierungsorganisationen, Kirchengemeinden, Verbänden, Unternehmen und Universitäten mit entsprechenden Institutionen in sogenannten Entwicklungsländern,
- Globales Lernen incl. der Berücksichtigung von Eine-Welt-Aspekten in bay. Lehrplänen und Ausbildungseinrichtungen (incl. Aus- und Fortbildung von Lehrkräften),
- ideell und finanziell insbesondere die umfangreiche außerschulische Bildungsarbeit nichtstaatlicher Träger gemäß Subsidiaritätsprinzip,
- Eine-Welt-Stationen in Bayern,
- die Koordinierung der Eine-Welt-Arbeit in Bayern,
- den gesellschaftlichen und interdisziplinären Dialog über eine nachhaltige Entwicklung,
- Kulturaustausch und interkulturellen Dialog,
- die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen und im öffentlichen Beschaffungswesen,
- den Abbau von Handelshemmnissen für Importe aus Entwicklungsländern und von Subventionen für Exporte in Entwicklungsländer,
- die Umsetzung internationaler Verabredungen in Bayern (z.B. UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 – 2014).

Entwicklungszusammenarbeit in Bayern ist ausgerichtet auf partnerschaftliche Beziehungen und langfristige Strukturverbesserungen und nicht auf Nothilfe. Sie

- versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe,
- beachtet das Subsidiaritätsprinzip,
- sieht die Gewährung der Menschenrechte und demokratischer Strukturen als Grundvoraussetzung an,
- zielt auf Föderalismus und Dezentralisierung,
- bekennt sich zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen,

- sieht Bildung als Schlüssel für Entwicklung an,
- fördert das überall in Bayern vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement,
- sieht die Ausbildung und Begleitung ausländischer Studierender in Bayern als wichtig an,
- bevorzugt Programme zur Förderung von Frauen,
- unterstützt den Aufbau sozialer Sicherungssysteme,
- leistet Hilfe bei Handwerksprojekten und dem Aufbau von Genossenschaften,
- fördert den Fairen Handel in Bayern incl. regelmäßiger Fair Handels Messen,
- legt besonderen Wert auf Forschung im Bereich angepasster und umweltfreundlicher
- Technologien,
- fördert den Einsatz regenerativer Energien,
- bringt ihre Kompetenzen in der Entwicklung ländlicher Räume ein,
- unterstützt Gesundheitsförderung und medizinische Forschung zur Bekämpfung von Krankheiten in Entwicklungsländern,
- ist mit den Partnerregionen Bayerns abzustimmen,
- wird koordiniert mit dem BMZ und den anderen Bundesländern.

Eine-Welt-Politik ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Zusammen mit allen gesellschaftlichen Gruppen leistet der Freistaat Bayern einen Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen und trägt dazu bei, die Globalisierung umweltund sozialverträglich zu gestalten.

Die Bayerische Staatsregierung wird gebeten, Entwicklungspolitik im Sinne dieses Antrages zu fördern und zu gestalten.

Begründung:

Kennzeichen der globalisierten Welt sind Fragen und Probleme, die nicht allein lokal oder national gelöst werden können. Klima und Ökologie, die Ausbreitung von Krankheiten, internationale Finanzströme, Terrorismus oder Drogenhandel kennen keine Grenzen. Regionale Ursachen haben zunehmend globale Folgen. Armuts- und Entwicklungsprobleme sind mit massiven ökologischen Auswirkungen verbunden. Weltweit fordern Männer und Frauen bessere Lebensbedingungen, das Recht auf Selbstbestimmung und einen gerechten Anteil am Wohlstand. Werden sie enttäuscht,

flüchten Millionen Menschen aus sogenannten Entwicklungsländern, um wirtschaftlicher Not oder politischer Unterdrückung zu entgehen. Flüchtlingsströme, Verteilungskämpfe sind die Folge.

Internationale Zusammenarbeit ist nötiger denn je. Die Bewältigung der Entwicklungskrise und der weltweiten ökologischen und sozialen Probleme sind zentrale Aufgaben. Die Behebung von Armut, die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen und demokratischer Verhältnisse sowie der Aufbau sozialer und politischer Stabilität in den Entwicklungsländern sind Voraussetzungen zur Vermeidung von Massenflucht, für den Erhalt des Weltfriedens und für die Bewahrung der Schöpfung als unserer Lebensgrundlage. Wirksame Eine-Welt-Politik und globales ökologisches Handeln sind die Voraussetzungen für das Überleben der Menschheit in Frieden und Freiheit.

Die internationale Gemeinschaft bekennt sich zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen und hat sich auf das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung geeinigt. Nachhaltige Entwicklung wird verstanden als eine Strategie, die ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Fragen in einem integrierten Konzept aufgreift. Sie macht Veränderungen nicht nur im Süden, sondern auch im Norden notwendig.

Gemäß der Vereinbarungen der Ministerpräsidenten zur Entwicklungszusammenarbeit der Länder soll sich die Mitwirkung der Länder im Bereich Eine-Welt-Arbeit im Wesentlichen auf Ausbildungshilfe, technische und personelle Hilfe sowie entwicklungspolitische Bildungsarbeit konzentrieren. Darüber hinaus ist die Kohärenz von Eine-Welt-Politik und Außenwirtschaftsförderung herbeizuführen und der Rio-Folgeprozess umzusetzen.